

Planwirtschaft wird dezentralisiert

SED muß zugeben: Der Plan allein macht keinen Erfolg!

Seit 1948, dem Jahr der Errichtung der „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK), verläuft die Zonenwirtschaft nach totaler Planung. Diese Planung entthob viele Betriebe ihrer Eigenverantwortlichkeit. Außerdem hatte sie den Nachteil, daß sich zwischen oberster Befehlsstelle und Produzenten eine unvorstellbare Kette bürokratischer Instanzen einschaltete, die in stetem Kampf zwischen Planziffern und Materialversorgungsschwierigkeiten lagen. Der Typ des Industriemanagers verschwand, an seine Stelle trat der Planungsbeauftragte. Die Ergebnisse sind bekannt, sowohl dem Verbraucher, dem der Mangel zum Begriff geworden ist, als auch der SED, die in einer diese Woche begonnenen Konferenz der Staatlichen Plan-Kommission entscheidende Neuerungen verkünden will.

Die SED-Absicht liegt auf der Linie der Leninschen Bestrebungen zur Zeit der Einführung der NEP (Neue ökonomische Politik). Man will die überplante Wirtschaft wieder dezentralisieren. Einst führende Großbetriebe, die in „volkseigener“ Hand unrentabel wurden, sollen durch größere Eigenverantwortlichkeit und Initiative von Betriebsleitung und Belegschaft wieder rentabel werden. Der Zwang der Planwirtschaft soll sich vorübergehend lockern, bis die industrielle Krise überschritten ist, um dann mit neuem Elan in alte Fehler zu verfallen.

Man hat vor längerer Zeit ein interessantes Experiment ähnlicher Art bei dem in ganz Deutschland bekannten Werk „Reifen-Müller“ versucht. Der Betrieb, für die SED unentbehrlich, wurde im Wirrwarr der staatlichen Plananordnungen derart heruntergewirtschaftet, daß sein Besitzer Müller resignierte und die Plener allein wirtschaften ließ. Daraufhin — nachdem der Betrieb volkseigen völlig versagte — rief man Müller zurück und ließ ihm gewisse planwirtschaftliche Freiheiten. Der Betrieb erholte sich genau so rasch, wie ihn die SED heruntergebracht hatte, bis man Müller unter dem Vor-

wand angeblicher Wirtschaftsvergehen verhaften und seinen Betrieb wiederum enteignen ließ. Heute hat das Werk eine Planerfüllung von tatsächlich 87 Prozent!

Nur Experimente

Die jetzt begonnene SED-Konferenz wird in den Betrieben den Eindruck zu erwecken versuchen, als käme der Produktionserfolg jedes einzelnen Werkes tatsächlich künftig der Belegschaft zugute. Mangelnde Initiative und Arbeitsunlust sollen dadurch bekämpft werden. Die Betriebe bekommen nur noch die entscheidenden Kennziffern ihres Plan-Anteiles und müssen darüber hinaus selber sehen, wie sie mit Rohstoffschwierigkeiten, Arbeitskräfteplanung und Finanzen fertig werden.

Es ist eine halbe Sache. Die SED wagt nicht, von den Grundprinzipien der totalen Planung abzugehen, und verlangt plötzlich dort Initiative und Selbständigkeit, wo diese noch vor kurzem unter Strafe standen. So ist es keine echte Wendung, was sich hier vollzieht, sondern nur ein neues Experiment ohne reale Aussicht auf Erfolg.

In der Praxis hat diese Ent-

wicklung bereits vor etwa zwei Monaten begonnen, und sie wurde dann durch einen vorbereiteten Ministerratsbeschuß vom 16. 12. 1954 forciert. Die Betriebe werden Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens: Ihnen werden frei gewordene und ausgebaute Wohnungen zugeteilt, deren Abgabe dann Sache der Betriebsinstanzen ist. Sie erhalten ihren HO- und Konsumladen, der ihnen die Mangelware reserviert, um die der Bürger draußen vergeblich laufen muß. Und je nach der Produktionsleistung des Betriebes erhöht sich das Kontingent zugewiesener Wohnungen, das Sortiment an reservierten Mangelwaren aus dem Vertrags-HO-Laden usw.

Es ist eine andere Form des Leistungsprinzips, zu der sich die SED nur sehr schwer durchgerungen hat. Denn eine zu große Rolle spielt die Rolle der Rentabilität. Die SED hat Produktionszweige aufgebaut, die in fünf Jahren noch nicht rentabel arbeiten werden.

Auf Kosten der Bevölkerung

Wie das Experiment auch auslaufen mag, vorerst geht es weiter auf Kosten der Bevölkerung. Die knappe Warendecke wird noch stärker als bisher über die die SED interessierenden Betriebe gezogen. Die Bürger aber, von denen ja schließlich nicht jeder in einem planwichtigen VEB arbeiten kann, werden sich schlechter stehen als zuvor.

Es wird sich zeigen: Man kann ganze Produktionszweige planen, aber für ihre Realisierung braucht man Kohle, Stahl und Elektrizität. Dem Mangel ist es letztlich gleich, ob man ihn zentral plant oder dezentralisiert.

Die Bewährungsprobe

WG. Es gibt Daten, an denen man, wenn der Kalender sie gerade anzeigt, nicht einfach vorbegehen kann. Zu ihnen gehört der 30. Januar, der Tag der „Machtergreifung“ Hitlers. Es geschah jetzt vor 22 Jahren, daß dieses Ereignis die Welt in Bewegung setzte: immer schneller, immer gefährlicher auf die große Katastrophe zu, die dann zwar Hitler und seine Macht verschlang, aber zugleich das Bild der Welt tiefer veränderte als irgendein anderes Ereignis der neueren Geschichte.

Die gespaltenen Länder

Nicht die zwischen Ost und West gespaltene Welt, die schließlich eine gangbare Brücke zur friedlichen Koexistenz finden kann, sondern die zwischen Ost und West gespaltenen Länder sind heute das gefährlichste Erbe des Krieges: Korea, China, Indochina und Deutschland. Diese Fälle gleichen sich nicht im Ursprung der Spaltung, aber sie gleichen sich in der Gefahr, die ihre Spaltung heute dem Frieden der Welt bereitet. Korea und Indochina waren bereits der Schauplatz neuer Kriege oder Bürgerkriege, — beide Begriffe fließen in der kommunistischen Aggression ineinander über — und China ist es noch heute, Deutschland aber bleibt eine potentielle Gefahr für den Frieden, solange der heutige Zustand andauert.

Welcher Weg zur Lösung gefährlicher Probleme der Weltpolitik der richtige ist, diese Frage wird aber in den meisten Fällen leider erst von der Geschichte exakt beantwortet. Vorher steht Meinung gegen Meinung, Gefühl gegen Gefühl und Rechnung gegen Rechnung. So ist es heute auch im Meinungsstreit um das deutsche Problem. Wir können uns nur auf die Erfahrung verlassen, die für die Politik der Bundesregierung spricht, auch wenn das Gefühl mancher sich gegen sie auflehnt.

Eine von der SPD organisierte Aufhebung des Gefühls erlebten wir in der traditionsreichen Frankfurter Pauls-

kirche, die indessen für die Kundgebung nicht gut als Symbol gelten kann. Wir sagen nichts gegen die Veranstaltung als solche. Ihre Sprecher haben das Recht der freien Meinungsäußerung, und es wäre wunderbar, wenn eine ähnliche Veranstaltung mit der Front gegen die Aufrüstung der Sowjetzone etwa in Leipzig stattfinden könnte. Wir tadeln niemanden, der die Aufgabe der deutschen Wiedervereinigung mit dem dynamischen Mittel der öffentlichen Meinung in Bewegung zu halten sucht, — wenn seine Argumente dem Ziele entsprechen.

Es war jedoch eine etwas bunte Gemeinde, die sich in der Paulskirche versammelt hatte. Da war der prominente Politiker mit der leidenschaftlichen Opposition gegen den Bundeskanzler, die sehr viel älter ist als die Verträge. Da war der führende Gewerkschaftler, der das deutsche Verfassungsrecht auf den Kopf stellte, indem er die Legitimation des Bundestages zur Entscheidung über die Verträge bestritt und einen Volksentscheid forderte, obwohl die letzten Bundestagswahlen für die bereits in Durchführung begriffene Politik der Verträge, die im Mittelpunkt des Kampfes stand, eine überwältigende Mehrheit gebracht hatten; dieser Redner jonglierte im übrigen leichtfertig mit Aufrüstungskosten bis zu 200 Milliarden. Da war ferner der absolute Pazifist, der in sehr ehrenwerter Absicht leider die Welt völlig verkennt —, eine wahre Augenweide für den Kreml, der den Pazifismus im eigenen Lande ausrottet, aber die nichtkommunistischen Völker gerne von ihm zur Wehrlosigkeit verführt sieht.

Niemand nimmt es leicht

Es sprachen in der Paulskirche aber auch andere, die wir mit ihren Sorgen und Bedenken ernster nehmen wollen, wie zum Beispiel Professor Gollwitzer. Er wollte die Unruhe des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung nicht gegen die Bundesregierung ausmünzen und wandte sich in voller Erkenntnis der vom Bolschewismus drohenden Gefahr ausdrücklich gegen den „verantwortungslosen

Geist des Ohne-Mich“. Da blieb ferner der frühere Bundesinnenminister Heinemann realistisch genug, um zu erklären, daß niemand die Krise leicht nehme, die mit der Ablehnung der Pariser Verträge entstehen würde, die ihm aber weniger gilt, als die ohne jede Beweiskraft berufene Gefahr einer „Versteinerung“ der deutschen Spaltung.

Erfahrung gegen Illusion

Auch dieser innerdeutsche Krieg der Gefühle und Meinungen, von denen einige jedenfalls Illusionen sind, ist grausam und kann einem Volke schwere Wunden schlagen. Er geht bereits Jahr um Jahr durch unser Land und hat jetzt Steigerungen erlebt, die im Sinne der Opposition liegen mögen, aber nicht dem Willen der Mehrheit unseres Volkes entsprechen. Sie liegen auch nicht im Sinne der Bevölkerung der Zone, wie immer wieder Briefe bestätigen, die uns von dort erreichen.

Bundesminister Dr. Tillmanns hat der Meinung der zu Unrecht in Anspruch genommenen Paulskirche die nüchterne Überlegung einer realistischen Politik entgegengestellt. Das war gut. Gerade weil wir im Verein mit den anderen europäischen Völkern eine freundschaftliche Verständigung mit der Sowjetunion wollen und als ihren Ertrag ein in Frieden, Freiheit und Sicherheit geeintes Deutschland, und gerade weil wir auch in den Verträgen nur ein defensives Mittel der Selbstbehauptung sehen, wird mit der Öffnung der Tür zu den Verträgen nicht die Tür zur Wiedervereinigung zugeschlagen werden. Andernfalls wäre nur der Beweis erbracht, daß Moskau die deutsche Wiedervereinigung überhaupt nicht will. Nur veränderte Verhältnisse werden die Bereitschaft des Kreml zur deutschen Wiedervereinigung zum Besseren verändern; hierüber entscheiden seine vitalen Interessen und nicht die Deklamationen seiner Propaganda. Das ist die Lehre unserer sehr bitteren Erfahrungen. Ihnen mit der besten Bereitschaft zu einer guten Verständigung weiter zu folgen — das ist die Bewährungsprobe, die das deutsche Volk nun abzulegen hat.

„Berlin bleibt die Mitte Deutschlands“

Der Bundespräsident in der deutschen Hauptstadt

Berlin (Eigenmeldung). Bundespräsident Heuss, der sich anlässlich der Grünen Woche mehrere Tage in Berlin aufhielt und hier auch seinen 71. Geburtstag feierte, bezeichnete in mehreren Veranstaltungen Berlin als die seelische und geistige Mitte Deutschlands. Bei der Eröffnung der Grünen Woche sagte er, die Teilung Deutschlands sei das tragische Ergebnis einer Politik, die noch in den Fesseln der Kriegswut lag.

„Ein Teil der Urheber dieser Politik hat inzwischen begriffen, daß Jalta und Potsdam von der Entwicklung der Geschichte schon aufgezehrt sind“, erklärte der Bundespräsident.

Jede Begegnung zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland sei ein Beitrag zu diesem Aufzuehvorgang. Berlin mit seiner nüchternen Tapferkeit sei gerade dafür der richtige Platz. Der Bundespräsident apostrophierte den Bundestagsabgeordneten Dr. Reinhold Maier, der kürzlich Deutschland mit einem schlafenden Löwen verglichen habe, der eines Tages mit Brüllen aufwache. Heuss sagte: „Aber mit dem Brüllen, das vernünftig Kraftersatz des Schwachen ist, ist es nicht getan.“

Auf einer Kundgebung des Deutschen Bauernverbandes, zu der sich tausend Bauern aus Ost und West versammelt hatten, hob Heuss hervor, daß es der Landwirtschaft gelungen sei, seit Kriegsende den Einfuhrbedarf von 50 auf 80 Prozent zu senken. Für diese Rückgewinnung von 20 Prozent eigener Ernährungsgrundlage wolle er als Bundespräsident „ganz einfach Dank sagen“.

Kurz vor seiner Abreise versicherte er vor den Arbeitern

des AEG-Turbinenwerkes in Moabit, daß er unverzüglich wieder nach Berlin ziehen werde, sobald es ihm die politischen

Verhältnisse erlaubten. Berlin werde immer die Mitte Deutschlands bleiben.

Rund 4000 Arbeiter und Angestellte stimmten anschließend in der mit Blumen und Fahnen geschmückten Werkhalle in das vom Regierenden Bürgermeister Suhr ausgebrachte dreifache Hoch auf den Bundespräsidenten ein.

Große Erregung um Schörner

Belastungsmaterial gesucht — Vorerst keine Pension

München (Eigenmeldung/DPA/AP). Der Fall Schörner bildet weiterhin in der Öffentlichkeit Gegenstand lebhafter Erörterungen und Diskussionen. Das bayerische Justizministerium hat die Generalstaatsanwaltschaft in München beauftragt, nachzuforschen, ob sich konkretes Belastungsmaterial gegen den am Freitag in München eingetroffenen ehemaligen Feldmarschall finden läßt.

Das Justizministerium hat sich an das Münchener Institut für Zeitgeschichte mit der Bitte um Unterstützung gewandt und erwartet von den Soldatenverbänden konkrete Unterlagen.

Inzwischen wandte sich Schörner telegrafisch an den Bundeskanzler und ersuchte ihn um Unterstützung bei der Abwehr weiterer öffentlicher Anschuldigungen. Er brachte den Wunsch zum Ausdruck, zu den Anschuldigungen selbst gehört zu werden. Adenauer teilte Schörner mit, daß er gehört werde, so-

bald die Staatsanwaltschaft die gegen ihn erhobenen Vorwürfe untersucht habe.

In einer Presseerklärung sagte Schörner zu seinen drakonischen Maßnahmen in den letzten Kriegswochen: „Es war unsere Aufgabe, die Russen von unserem Land fernzuhalten. Wo es notwendig war, haben wir dabei das Kriegsgesetz angewandt, denn dazu ist es da.“

In Kreisen der CDU/CSU wurde betont, man müsse sich fragen, ob Schörner einen bestimmten Auftrag erhalten habe, oder ob sein Erscheinen in der Bundesrepublik bestimmte Wirkungen hervorrufen solle. Jeder anständige Soldat denke mit Abscheu und Empörung an den Mann, der am Tod und an der Gefangenschaft unzähliger Soldaten schuldig sei, während er selbst in Zivilkleidung geflüchtet sei.

Inzwischen sprach Schörner beim bayerischen Finanzministerium vor, um seine Versorgungsansprüche nach Artikel 131 des Grundgesetzes geltend zu machen. Man gab ihm dort den Bescheid, daß mit Rücksicht auf das bei der Generalstaatsanwaltschaft in München gegen ihn laufende Ermittlungsverfahren an eine Pensionszahlung bis auf weiteres nicht zu denken sei.

Der Landesverband Hessen des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen und Sozialrentner hat alle Angehörigen oder Hinterbliebenen von ehemaligen Soldaten, die auf Veranlassung Schörners erschossen wurden, aufgerufen, ihre Anschrift dem VDK Hessen in Frankfurt mitzuteilen.

„Entrümpelung“ der Gesetze

Bundestag will Gesetzgebung und Verwaltung vereinfachen

Bonn (Eigenbericht). Um den Wust der Zehntausende von Gesetzen und Verordnungen aus den letzten Jahrzehnten zu sichten und zu lichten, hat der Bundestag dieser Tage einen Unterausschuß zur Bereinigung des Reichs- und Bundesrechts eingesetzt.

Der Beschluß, der auf einen Antrag der CDU/CSU zurückging, wurde einstimmig gefaßt. Nachdem Bundesjustizminister Neumayer mitgeteilt hatte, daß seit 1867 insgesamt 42 545

Rechtsvorschriften erlassen worden sind, von denen mindestens 26 000 heute noch formell gelten.

Der Ausschuß soll nicht nur untersuchen, welche Gesetze und Verordnungen ungültig oder überflüssig geworden sind, sondern auch feststellen, ob durch diese „Entrümpelung“ des Rechts die Verwaltung vereinfacht werden kann. Schließlich soll er Vorschläge machen, wie die Gesetzgebung in Zukunft klarer und übersichtlicher gestaltet werden kann.

Sicherheitsdebatte mit Rotchina?

Churchill: Echter Versuch für friedliche Lösung

London/New York (AP/DPA). Der britische Premierminister Churchill hat eindringlich an die rotchinesische Regierung appelliert, die Einladung des Sicherheitsrates anzunehmen und sich an der Anfang der Woche beschlossenen Debatte über eine Feueereinstellung im Raum um Formosa zu beteiligen. Die Einladung selbst ist Peking am Dienstag telegrafisch durch UN-Generalsekretär Hammarskjöld übermittelt worden.

Churchill, der im Unterhaus sprach, nannte die Einladung an Rotchina einen „echten Versuch, eine friedliche Lösung“ zu finden.

In Kreisen des Sicherheitsrates herrschte die Überzeugung vor, daß der rotchinesische Ministerpräsident Tschu en-Lai die Einladung nach New York annehmen werde. Sollte er jedoch wider Erwarten ablehnen, werde der Sicherheitsrat auch ohne rotchinesische Beteiligung eine Resolution über einen Waffenstillstand im Gebiet von Formosa annehmen.

Präsident Eisenhower hatte eine mehrstündige Besprechung

mit den republikanischen Führern des Kongresses über die Lage im Gebiet von Formosa. Eisenhower soll optimistisch gewesen sein und versichert haben, daß an den Einsatz amerikanischer Bodentruppen in China nicht gedacht sei.

Ministerpräsident Hedtoft †

Stockholm (AP/DPA). Der dänische Ministerpräsident Hans Hedtoft ist in Stockholm überraschend an einem Herzschlag gestorben. Hedtoft war erst 51 Jahre alt. Er weillte zur Teilnahme an der Tagung des nordischen Rates in Stockholm. Sein Tod wurde entdeckt, als er nicht zur Konferenz erschien. Nach Mitteilung des Arztes ist der Tod während des Schlafes eingetreten.

Zum Nachfolger Hedtofts wird der dänische Außenminister Hansen ernannt.

Atomflugzeuge mit Vorrang

Praktisch unbegrenzte Manövrierfähigkeit

Washington (AP). Die USA haben dem Entwicklungsprogramm für Atom-Flugzeuge die höchste Dringlichkeitsstufe eingeräumt. Dies teilte der Stabschef der US-Luftstreitkräfte, General Twining, im Repräsentantenhaus vor dem Ausschuß für die bewaffneten Streitkräfte mit.

Es sei nicht ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit mit Atomkraft angetriebene Flugzeuge gebaut würden, die praktisch unbegrenzt in der Luft bleiben könnten. Das nächste Ziel für die US-Luftstreitkräfte sei der Bau ferngelenkter Geschosse, die auch Wasserstoffbomben tragen könnten. Da auch die Sowjets die Erfahrungen des V-Waffenbaues ausnutzen konnten, sei es unbedingt notwendig, daß Amerika über ferngelenkte Geschosse größter Reichweite für die inter-

kontinentale Kriegführung verfüge.

Schlechte Filme für Kairo

Berlin (Eigenmeldung). Die Exportlieferungen der VEB-Filmfabrik Agfa-Wolfen bei Bitterfeld brachten dem Betrieb im vierten Quartal riesige Verluste ein. Schuld an diesen Verlusten tragen die Sowjets.

So sollte z. B. eine Lieferung von mehreren Millionen Röntgenfilmen, Leicafilmen und Spielfilmen nach Moskau gehen. Die Sowjets jedoch leiteten die Kisten in Frankfurt/Oder nach Ägypten um.

Da die Filme keine Tropenverpackung hatten, kamen sie in unbrauchbarem Zustand an. Der ägyptische Käufer nahm die Ware selbstverständlich nicht ab, der volkseigene Betrieb mußte die gesamte Lieferung ersetzen.

Die Gegenaktion

Flugblatt-Kampagne „großen Stils“

Bonn (AP/DPA). Als Antwort auf die SPD-Aktion gegen die Pariser Verträge startet die CDU an diesem Wochenende ihre Versammlungswelle.

Der Bundeskanzler wird auf drei großen Kundgebungen für die Ziele seiner Außenpolitik das Wort ergreifen, und zwar am 8. Februar in der Messehalle in Frankfurt am Main, am 12. Februar in der Niedersachsenhalle in Hannover und am 13. Februar in Hamm/Westfalen.

Die Versammlungswelle der CDU wird durch eine Plakat- und Flugblattaktion „größten Stils“, wie ein Sprecher der Partei mitteilte, untermauert.

Ansturm auf Ausverkauf

Hamburg (DPA). Der Ansturm auf die Ausverkaufswaren hat begonnen. Im ganzen Bundesgebiet und in Westberlin öffneten Textil-, Lederwaren- und Schuhgeschäfte sperrangelweit ihre Türen für den Kunden, der 14 Tage lang uneingeschränkt Majestät ist.

Kirche baut Fabriken

London (Eigenmeldung). Acht Fabriken in London und Umgebung wird demnächst die Kirche von England erbauen. Die Werke sollen bei einem Gesamtaufwand von rund 9 Mill. DM modern ausgestattet werden. Die Art der Produktion ist noch nicht bekannt.

Viertreffen im Mai?

Paris (DPA). Der französische Ministerpräsident Mendès-France erklärte vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Rates der Republik, er halte nach wie

vor an seinem Vorschlag fest, im Mai Viermächtebesprechungen abzuhalten.

Gespräch mit Grotewohl

Fulda (epd). Der Präsident des evangelischen Kirchentages, Dr. v. Thadden-Trieglaff, hat in der vergangenen Woche den Sowjetzonenministerpräsidenten Grotewohl aufgesucht, um mit ihm über die Fortführung der Arbeit des Kirchentages im Gebiet der Zone zu sprechen. Vorher hatte Thadden-Trieglaff eine Unterredung mit Nuschke.

Es geschah vor 10 Jahren:

So sank die „Wilhelm Gustloff“

Die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten — Mit 5000 Flüchtlingen in die See

Heinz S., heute Anfang Dreißig, Zivilberuf Kraftfahrer, war vor zehn Jahren Matrose an Bord der „Gustloff“. „Ich kam erst in Gotenhafen an Bord“, erzählt er, „vorher fuhr ich in Norwegen an Bord der „Scharnhorst“. Und schon da hatte ich ein Mordsglück: Wenige Wochen, bevor das deutsche Schlachtschiff von den Engländern auf den Grund des Eismeeeres geschickt wurde, kam meine Abkommandierung. In Gotenhafen war zunächst nicht viel los. Die „Gustloff“ war Lazarett-schiff und beherbergte als Wohnschiff gleichzeitig Besatzungen der dort stationierten U-Boot-Flottille.

Im Herzen die Hoffnung

Was kommen würde, begannen wir zu ahnen, als die Russen Ostpreußen in die Zange nahmen. Plötzlich hatten sie das letzte Loch der Landverbindung nach Pommern dicht gemacht. Die „Festung Ostpreußen“ begann ihren Todeskampf. Noch waren Zehntausende, Hunderttausende von Menschen in dieser „Festung“. In der Hauptsache Zivilisten, Frauen, alte Leute, Kinder. In den letzten Januartagen kamen die ersten an Bord. Und dann riß der Strom nicht mehr ab. Tausende wurden es, die nichts mehr retten wollten, als ihr nacktes Leben. Das Schiff war groß, aber diesem Ansturm war es doch nicht gewachsen. Die fast 6000

Vor zehn Jahren, am 30. Januar 1945, sank in der Ostsee die „Wilhelm Gustloff“, von russischen U-Boot-Torpedos zersiebt. Über 5000 Menschen, meist Frauen und Kinder, fanden in dem Riesenleib des ehemaligen KdF-Schiffes ein grauenvolles Massengrab. Unser Berichterstatter sprach mit einem der wenigen Geretteten.

Menschen, die schließlich auf ihm Zuflucht — und wie sie glaubten Rettung — gefunden hatten, lagen dicht an dicht in allen Kajüten und Räumen, ein Bündelchen unter dem Kopf, im Herzen die Hoffnung . . .

Am 30. mittags kam der Befehl zum Auslaufen. Es war keine große Fahrt, die wir da antreten sollten. Die noch freien deutschen Ostseehäfen von Kiel bis Swinemünde waren einen Katzensprung weg. Aber wir wußten auch um die russischen Aufklärer, die unser Auslaufen melden würden und um die russischen U-Boote, die Befehl hatten, kein Schiff aus Ostpreußen entkommen zu lassen.

Wie auf dem Schießstand

Der Beginn der Fahrt war ruhig. Der Geleitschutz, ein Begleitboot, war kaum „Schutz“ zu nennen. Aber mehr war zu dieser Zeit nicht mehr zu wollen. Die meisten Schiffe der deutschen Kriegsmarine, vor allem die Zerstörer, lagen längst irgendwo auf dem Grunde der See. Aber wir vertrauten auf unser Glück . . . und dann passierte es. Ich habe keinen U-Boot-Alarm gehört. Im Dunkeln, denn die Nacht war schon hereingebrochen, hatten die Bur-schen irgendwo auf der Lauer gelegen um uns abzuschießen, wie auf dem Schießstand. Kurz nacheinander fanden die Torpedos der Russen ins Ziel. Ein ganzer Fächer hatte uns erwischt und in Sekundenschnelle die eine Seite der Gustloff unter Wasser völlig aufgerissen. Tonnenweise stürzten die Wassermassen ins Innere, so daß das

Schiff sofort starke Schlagseite bekam.

Und nun brach das Inferno los: Lautsprecher brüllten, Menschen schrien, rannten, fielen, beteten, stießen und wurden gestoßen. „Alle Mann an Oberdeck“ gellte es durch das Schiff. „Boote klarmachen!“ — Ich gehörte zu einer der Bootsbesatzungen und glücklicherweise lag mein Boot an der Schiffsseite, die Schlagseite hatte, denn an der anderen Seite gelang es nicht mehr, alle Boote zu Wasser zu bringen. „Frauen und Kinder zuerst!“ Und da fielen, stolpten, sprangen sie. So gut es ging bemühten wir uns um Verteilung, denn was nützt ein Rettungsboot, wenn es wegen falscher Belastung im Wasser kentert. So kamen wir auch noch gut von Bord ab.

Dann wurde es still . . .

Aber im Wasser nahm das Drama seinen Fortgang. Da trieben zu Dutzenden schon die kleinen Rettungsflöße und darauf oder dazwischen die Menschen, die in ihrer Todesangst über die Reling ins eiskalte Wasser gesprungen waren. Ver-zweifelt schwammen sie auf die Boote zu, verzweifelt klammer-ten sie sich an. Manch einer wurde noch triefend aus dem Wasser gezogen, aber viele, all-zu viele mußten zurückgestoßen werden, denn die Boote, die wenigen, die schwammen, waren so überladen, daß das Wasser bis an Dollbord stand und es nur der relativ ruhigen See zu verdanken war, wenn nicht alle auf Grund gingen.

So gut es ging setzten wir dann die Riemen aus und bemühten uns, vom sinkenden Schiff freizukommen, um nicht in den Strudel des Untergangs hineingerissen zu werden. Eine Zeitlang konnten wir das Schiff noch sehen, noch in die Finsternis hinein folgten uns die Schreie der Zurückgebliebenen, dann war es plötzlich atemlos still. Wir haben den Untergang selbst nicht mehr gesehen, er muß kurz danach und ebenso schnell gekommen sein, wie die Torpedos ihr Ziel trafen.“

Wölfe in Niederschlesien

Berlin, (hvp). Ein 50 kg schwerer, ausgewachsener Wolf wurde in dem niederschlesischen Kreis Glogau erlegt. Zugleich wird berichtet, daß in diesem Teil Niederschlesiens schon seit „geraumer Zeit“ Wölfe aufgetreten sind. Damit steht also fest, daß die Wolfsplage in letzter Zeit sich nicht nur in den südlichen Teilen Ostpreußens, in den östlichen Gebieten Ostpommerns und in den ostbrandenburgischen Wäldern, sondern auch in Niederschlesien bis an die Oder ausgebreitet hat.

Geldsammlung für „Massenaktionen“

Der Betrug mit den „Spendemarken“ des FDGB

Der kuriose Fall, daß eine politische Partei Spenden für Streiks sammeln läßt, die sie selbst erst außerhalb ihres Wirkungsbereiches anzetteln will, ist in der Zone eingetreten. Nachdem die SED wochenlang vergeblich versuchte, durch die KPD der Bundesrepublik gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge Streiks und Unruhen zu inszenieren, nahm sie eine aus völlig anderen Gründen durchgeführte Ein-Tages-Streikaktion des DGB zum Anlaß, um in der Zone „Solidaritäts-sammlungen für die streikenden Klassenbrüder in Westdeutschland“ durchzuführen.

Der Streik war längst vorbei, als die SED-Aktion überhaupt erst anließ. Über den FDGB wurden in den Betrieben Spendenmarken zwangsvertrieben. Arbeiter mußten für eine ihnen schleierhafte Angelegenheit zwei bis drei Stundenlöhne zahlen. In den Organisationen wurden Lebensmittelpakete gepackt und an westdeutsche KPD-Leitungen verschickt. Auf dem Ostberliner Konto des Düsseldorf KPD - Parteivorstandes sammelten sich innerhalb weniger Tage mehr als eine Million D-Mark.

Was wurde aus dem Geld, und warum werden noch heute, wo keinerlei Streikbewegung auch nur zu ahnen ist, „Spenden“ eingesammelt? Ein Beispiel: Die KP - Leitung von Wanne-Eickel hat dieser Tage 18 000 DM West erhalten, um in einem ganz bestimmten Werk einen Streik anzufachen. Das Geld ist als Streikunterstützung

gedacht, wenn der Plan der KPD gelingt. Die Ostprese ist bereit, in diesem Fall eine große Propagandakampagne einzuleiten, um das betreffende Beispiel für neue „Solidaritätsaktionen“ auszuschlachten.

Nun haben die Genossen in Wanne-Eickel keine Aussicht mehr, eine „Massenaktion“ in Szene zu setzen, zumal die Hin-

tergründe bekannt geworden sind. Aber auch die KPD-Gruppe der Bayerischen Motorenwerke, die im Betrieb Wühlarbeit zu leisten versucht, hat ihr Scherflein aus den Spendenmarken abbekommen: 11 000 D-Mark West. Mit diesen Geldern, die gewiß nicht freiwillig und erst recht nicht für solchen Zweck zusammengekommen sind, versucht die SED nun ihre Politik gegen die Verträge zu unterstützen.

Bis zur Stunde wird noch in den Ostbetrieben versucht, die FDGB-Spendenmarken an den Mann zu bringen. Wer eine davon kauft, mag somit wissen, zu welchem Zweck sein Geld verwendet wird. Zugleich aber mag es die politische Situation beleuchten, daß die SED nicht einmal mit Millionenbeträgen in der Bundesrepublik Streiks anzetteln in der Lage ist.

Bereits über 100 000 Bewaffnete

Die Kerntuppe der „Nationalarmee“ steht

Bonn (Eigenmeldung). Die Volkspolizei der Sowjetzone ist in ihren kasernierten Einheiten bereits zur Kerntuppe einer „Nationalarmee“ entwickelt worden. Dies geht aus einer Broschüre über die kasernierte Volkspolizei hervor, die jetzt vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen veröffentlicht wurde.

Die Volkspolizei hat bereits

die Stärke der ehemaligen deutschen Reichswehr. Die Personalstärke der Heereseinheiten am 1. Oktober 1954 wird mit 85 000, die der Luftwaffe mit 7000 bis 8000 und die der Marine mit rund 9000 Mann angegeben. Das Heer gliedert sich in das Armeekorps Nord mit rund 30 000, die Armee Süd mit 25 000 und die mechanisierte Division mit 10 000 Mann. Hinzu kommen Sondereinheiten sowie Heeresoffiziers- und Unterführerschulen.

Geheimdienste belästigen Besucher

Berlin (Eigenmeldung). Westdeutsche Besucher, die geschäftlich oder privat nach Ostberlin reisen, berichten von den in letzter Zeit zunehmenden Versuchen verschiedener Ostdienststellen, mit ihnen in politischen Kontakt zu kommen. Geschäftsleuten, die mit den sowjetzonalen Außenhandelsorganen verhandeln, wird dabei in mitunter plumper Form direkte Wirtschaftsspionage nahegelegt.

So hat in der Prenzlauer Allee ein „Büro zum Studium der gesamtdeutschen Wirtschaftslage“ verschiedentlich Westbesucher angesprochen und diese gebeten, ihnen Informationen aus dem westdeutschen Wirtschaftsleben mitzuteilen. Vom „Institut Bittel“ in der Normannenstraße

werden Fragebogen ausgegeben, während die Westabteilung der „Nationalen Front“ in Zusammenarbeit mit Nachrichtenstellen eine „Kontaktstelle“ auf dem Gelände der Leipziger Frühjahrsmesse errichten will.

Geschäftsleuten, die mit der DIA-Nahrung Handel treiben wollen, wird nahegelegt, sich zwecks Empfehlung mit einer Dienststelle in der Köpenicker Eckhofstraße in Verbindung zu setzen. Dort werden willige Besucher mit sowjetischen Nachrichtenoffizieren zusammengebracht, die für entsprechende Gegenleistung jeden Geschäftskontakt vermitteln. Andere Stellen bemühen sich um die Vermittlung von Ingenieuren für die Übersiedlung in die Zone und bieten Prämien an.

Die Defa ist geistig bankrott

Bonn (DPA). Ein Sprecher des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen äußerte sich in Bonn zu der ablehnenden Haltung der Bundesregierung gegenüber Plänen, Filme in Gemeinschaftsproduktion von Gesellschaften des Bundesgebietes mit der Sowjetzonen-Defa herzustellen. Die Defa, sagte er, sei „geistig bankrott“. Sie versuche, mit Hilfe guter westdeutscher Namen ihre verlorengegangenen Positionen in der Sowjetzone durch das Mittel einer Gemeinschaftsproduktion zurückzuerobern und womöglich in Westdeutschland neues Publikum zu gewinnen.

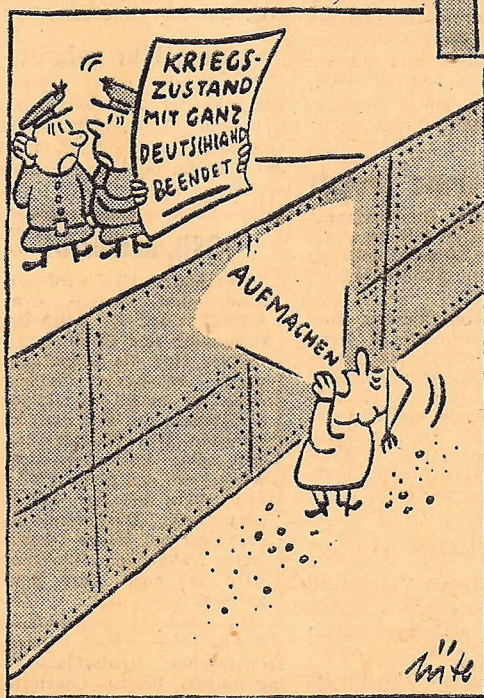
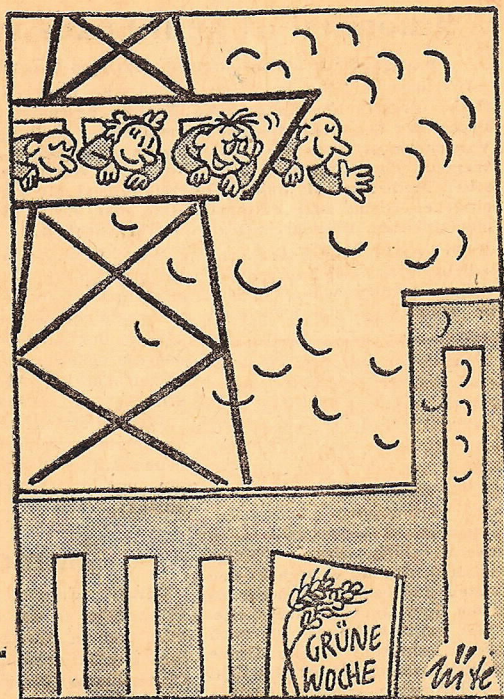
Schiller – ein „großer Arbeiter“

Berlin (DPA). Die SED kündigte an, daß sie das Werk Friedrich Schillers im 150. Todesjahr des Dichters von allen „Verfälschungen der Feinde des deutschen Volkes“ säubern wolle. In einer Stellungnahme, die das ZK unterzeichnet hat, wird die Schiller-Auffassung der SED mit einer langen Reihe von Interpretationen der Äußerungen des Dichters bekundet.

So heißt es u. a., Schiller sei ein „Volkstribun“ gewesen. Seine Dichtungen hätten als „Ausdruck des revolutionären Zornes“ die Jugend bei der Vorbereitung der Befreiungskriege dazu begeistert, „an der Seite des russischen Volkes“ zu kämpfen. Schiller habe von einer Gesellschaft „ohne Klassenkampf“ geträumt. Da er in der kurzen Spanne seines Lebens ein mächtiges literarisches Werk geschaffen habe, müsse er auch als „großer Arbeiter“ bezeichnet werden.

Die Woche in der Karikatur

Unten: Moskau beendet Kriegszustand mit Deutschland. — Rechts: Wieder Grüne Woche in Berlin.



„Wie im Urlaub, Höhen- und Landluft!“

Wenn zwei dasselbe tun ...

Die Aufhebung des Kriegszustandes gegenüber einem Lande ist ein völkerrechtlicher Akt, dessen Bedeutung im wesentlichen darin liegt, daß die Angehörigen des bisher feindlichen Staates nicht mehr als Feinde behandelt werden.

Als bereits 1951 die Westmächte den Kriegszustand mit Deutschland aufgehoben und Moskau noch nicht im entferntesten an die gleiche Maßnahme dachte, beschloß die Pankower Regierung einen Protest, in dem es u. a. hieß: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt feierlich, daß der Schritt der westlichen Staaten den Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes widerspricht.“

Wir erinnern an diese Proteste, weil wir heute in der kommunistischen Presse lesen, daß das, was die Sowjetunion jetzt mit fast vierjähriger Verspätung den damals so schändlich handelnden Westmächten nachmacht, ein weltgeschichtlicher Akt sei, mit dem der beste Freund Deutschlands uns seine Sympathien bezeuge. Man sieht wieder einmal: Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es dennoch nicht dasselbe, — wenigstens dann nicht, wenn einer der beiden die Sowjetunion ist ...

„Towarisch, hörst du? Großes Echo!“

Schönheit ist kein Luxus mehr

Kongreß für ästhetische Medizin in Düsseldorf

In Düsseldorf wurde der erste deutsche Kongreß für Ästhetische Medizin abgehalten. Die Tagung beschäftigte sich mit Problemen der medizinischen Kosmetik, der Stellungnahme der Versicherungsträger zur kosmetischen Behandlung und neuen Wegen der chirurgischen Kosmetik. In die Geschichte der deutschen Medizin wird dieser Kongreß einmal als ein Markstein eingehen, denn zum erstenmal trat eine neue Disziplin der medizinischen Wissenschaft an die Öffentlichkeit.

Zwar wirkt die ästhetische Medizin bereits seit Jahrzehnten erfolgreich, doch widmeten sich die meisten Ärzte gleichsam

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

nebenberuflich diesem Tätigkeitsfeld, obwohl es sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem Spezialgebiet entwickelte.

Bis heute aber gibt es noch keinen Lehrstuhl für Ästhetische Medizin; dabei wächst die Zahl der Patienten, die den medizinischen Kosmetiker in Anspruch nehmen, von Jahr zu Jahr. Denn gut aussehen ist kein Luxus mehr.

Berliner Kunstschatze kehren heim

Bonn (Eigenbericht). Den langjährigen Bemühungen Berlins um die Rückführung des ehemals preußischen Kunstbesitzes ist jetzt endlich der gewünschte Erfolg beschieden.

Der Bundestag billigte einstimmig einen Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses, in dem die Bundesregierung ersucht wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Rückgabe der in Wiesbaden und Celle lagernden Kunstschatze der früheren Staatlichen Museen in

Wenn von der medizinischen Kosmetik die Rede ist, so denkt man zunächst an die kosmetische Chirurgie oder Schönheitschirurgie, die aus naheliegenden Gründen die sichtbarsten Erfolge zu verzeichnen hat. Aber auch Tausenden von Soldaten hat die „Wiederherstellungschirurgie“ als letzte verfeinerte Form ein neues Antlitz gegeben und damit erst das Leben wiedergeschenkt.

Immer mehr „Breitwand“

Berlin (Eigenmeldung). 512 Filmtheater in der Bundesrepublik und in Westberlin haben ihre Projektionseinrichtung auf Cinemascope (Breitwand) umgestellt. 297 Häuser sind mit den Einbauten beschäftigt. Vor einem Jahr gab es in Deutschland erst zehn Cinemascope-

Berlin vorsieht. Bundesfinanzminister Schäffer kündigte an, einen solchen Entwurf noch im Februar dem Bundeskabinett einzureichen.

Als Berichterstatter des Ausschusses bezeichnete es Frau Dr. Maxsein (CDU) als unverantwortlich, das der wertvolle Kunstbesitz heute noch, teilweise in Kisten verpackt, in Wiesbaden und Celle liegt. Nach der Debatte dankte Prof. Friedensburg dem Bundestag herzlich im Namen Berlins.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorffplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Neuer Berliner Generalsuperintendent

Berlin (Eigenmeldung). In einem Gottesdienst wurde am Sonntag der neue Berliner Generalsuperintendent Immanuel Pack von Bischof D. Dr. Dibelius in der Jesus-Christus-Kirche in Dahlem in sein Amt eingeführt. An der Feierlichkeit nahm auch Bundespräsident Heuss teil.

Pack ist der Nachfolger von Bischof D. Jacobi und kommt aus Essen, wo er die größte Synode der Rheinischen Landeskirche leitete. Im Essener Saalbau wurde Superintendent Pack vor 2000 Synodalen und Gemeindegliedern des Kirchenkreises durch Präses D. Held verabschiedet. Pack galt in Essen als ein „Meister des Wortes und der Tat“

Kinos. Die Gesamtzahl der ortsfesten Filmtheater im Bundesgebiet und in Westberlin beträgt zur Zeit rund 5300.

Atom-Uhr gebaut

New York (DPA). Wissenschaftler an der New-Yorker Columbia Universität haben eine „Atomuhr“ gebaut, die in 300 Jahren nur eine Sekunde verlieren soll.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.